

Steuerliche Vorteile der Gemeinnützigkeit

Steuerbegünstigungen:

- Befreiung von Körperschafts-, Gewerbe-, Grund-, Erbschafts-, Schenkungs- und Kapitalverkehrssteuer
- Keine Steuer auf: Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb, Ideellen Bereich
- Steuerpflicht von 7% (ermäßigter Steuersatz) erst ab 45.000 EUR Jahresumsatz im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb

Spenden und Spendenbescheinigungen:

- Spenden können steuerfrei angenommen werden
- Organisation darf Spendenbescheinigungen ausstellen
- Spenderinnen und Spender können Spenden steuerlich absetzen → Einkommensteuerersparnis

Fördermittel und Zuschüsse

- Zugang zu öffentlichen Fördergeldern und Stiftungszuschüssen
- Möglichkeit, Geldauflagen aus Strafverfahren zu erhalten (auf richterlichen Beschluss)

Digitale Fördermittel

- Rabatte und Gratisangebote großer Internetfirmen (Facebook, Instagram, PayPal, Google)
- Google Ad Grants:
 - 10.000 US-Dollar monatliches kostenloses Werbebudget
 - Nachweis der Gemeinnützigkeit erforderlich
 - Einschränkungen gegenüber Google Ads, aber große Reichweitenvorteile

Weitere Vergünstigungen

- Ermäßigungen oder kostenlose Nutzung von Räumen, Hallen etc.
- Rabatte auf Produkte und Dienstleistungen für gemeinnützige Organisationen

Steuerliche Nachteile der Gemeinnützigkeit

Aufwendige Buchführung und Verwaltung

- Umfangreiche und komplexe Buchführungspflichten
- Erforderlich sind: Kassenbuch, Steuererklärungen, Einnahmen-Überschuss-Rechnung
- Hoher Arbeitsaufwand und Bedarf an fachlicher Kompetenz
- Aufbewahrungspflicht aller Unterlagen für 6–10 Jahre

Einschränkungen bei der Mittelverwendung

- Finanzielle Mittel müssen zeitnah für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden
- Zuwendungen an Mitglieder nur eingeschränkt erlaubt
- Vermögensaufbau und Rücklagenbildung stark begrenzt:
 - o Rücklagen dürfen max. 10 % der Mittel betragen
 - o Nur projektbezogene Rücklagen sind zulässig

Haftungsrisiken

- Vorstand haftet persönlich, wenn:
 - o Satzung fehlerhaft ist
 - o Vereinsrecht verletzt wird

Begrenzung der Verwaltungskosten

- Verwaltungskosten müssen in angemessenem Verhältnis stehen
- Empfehlungen:
 - o Bundesfinanzhof: max. 50 % der Gesamtausgaben
 - o Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI): max. 30 %
- Zu niedrige Verwaltungskosten sind ebenfalls problematisch, da sie:
 - o Professionalität und Effizienz gefährden
 - o Faire Bezahlung von Mitarbeitenden und Dienstleistern erschwere